

Dieser Vortrag wurde von Stoyan Raichevsky (bulgarischer Parlamentarier a. D., Sofia) am 13. März 2013 anlässlich der Eröffnung der Wanderausstellung „Bulgarien 1944-1989. Verbotene Wahrheit“ im Mosse-Palais der Deutschen Gesellschaft gehalten.

Stoyan Raichevsky

DAS TOTALITÄRE REGIME IN BULGARIEN 1944 – 1989 UND DER VERZÖGERTE ÜBERGANG

Das totalitäre Regime in Bulgarien (1944 – 1989) wurde dem bulgarischen Volk gegen seinen Willen aufgezwungen. Am 9. September 1944 stürzte die Kommunistische Partei durch einen militärischen Putsch die demokratische Regierung von Konstantin Murawiew, in einem Augenblick, als gerade sowjetische Streitkräfte mit der Okkupation des Landes begannen. Vier Tage vorher, am 5. September 1944, hatte die Sowjetunion, ohne in irgendeiner Art und Weise provoziert gewesen zu sein, Bulgarien den Krieg erklärt; bis zu diesem Zeitpunkt waren die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten einwandfrei, wobei sich kein einziger bulgarischer Soldat an den Kriegshandlungen an der Ostfront beteiligt hätte. Am 8. September drang die sowjetische Armee in Bulgarien ein, wo gerade eine neue Regierung mit Vertretern der bürgerlichen Parteien gebildet worden war, eine Regierung, die Neutralität und allgemeine Amnestie für die politischen Gefangenen verkündete und sich aktiv um einen Friedensvertrag mit USA und Großbritannien bemühte.

Die neue, von den Kommunisten dominierte und von ihnen durchgesetzte Regierung sowjetischer Prägung, vollzog ihre Macht mit totalem Terror. Schon in den ersten Tagen und Wochen wurden ohne "Formalitäten" wie Anklage und Gerichtsurteil an die 30 000 Menschen von den sogenannten "Vollzug – Triaden", aus Aktivisten der kommunistischen Partei und Kriminellen bestehend, ermordet. Durch Massenrepressionen, Morde, Verhaftungen, Verbannen und andere Gewalttaten bekämpften die Kommunisten, die über die Ministerien des Inneren und der Justiz verfügten, gnadenlos ihre Gegner und ihre potentiellen politischen Opponenten. Der Terror umfasste alle Ebenen des politischen, ökonomischen und geistigen Lebens des Landes. Die Regierung der "Vaterländischen Front" setzte eine Reihe von repressiven Verordnungen, Erlässen und Verfügungen in Kraft, die

die repressiven Vollzugsorgane bevollmächtigten und Privilegien für die Befürworter der neuen Macht garantierten.

Im drastischen Widerspruch zu der damaligen Verfassung, die immer noch in Kraft war, hatte das Politbüro der Kommunistischen Partei am 24. September 1945 die "Durchführungsverordnung" eines außerordentlichen "Gesetzes für das Volksgericht" befürwortet, die vom Ministerrat am 30. September des gleichen Jahres genehmigt wurde. Unter dem Vorwand, dieses Volksgericht hätte die Schuldigen für das Hineinziehen Bulgariens in den Zweiten Weltkrieg auf der Seite des Drei – Mächte – Paktes zu verurteilen, begannen Massenverfolgungen gegen Politiker, Unternehmer, Armeeingehörige, Intellektuelle, Wissenschaftler, Journalisten u. s. w. Die Beschuldigten waren praktisch vorverurteilt, da das Verfahren auf ihrer vorgefassten Schuld basierte. Die Urteile waren endgültig, konnten nicht angefochten werden und wurden umgehend vollstreckt. Allen Verurteilten wurde der Besitz konfisziert, und die Familienmitglieder wurden bis zu ihrem Lebensende als "Feinde des Volkes" verfolgt.

Auf Grund dieses Sondergesetzes wurden 11 122 Personen zur Verantwortung gezogen, von denen 2 816 zum Tod verurteilt wurden, 1 233 bekamen lebenslänglich. Allein in der Nacht des 1. Februars 1945 hatte dieses Volksgericht Todesurteile verkündet und Stunden danach 3 Regenten, 33 Minister, 67 Abgeordnete, 47 Offiziere höheren Ranges hingerichtet. Zum Vergleich: das bulgarische "Volksgericht" hatte zum Tod verurteilt und exekutiert 150 Mitglieder der alten Staatsführung, das Internationale Tribunal in Nürnberg: 11 Personen, das Internationale Tribunal im fernen Osten (Japan): 7 Personen.

Dieses bulgarische Volksgericht zog zur Verantwortung auch den Abgeordneten Dimitar Peschew, dem auch Antisemitismus zugeschrieben wurde, wobei gerade Peschew den größten Verdienst für die Rettung vor Deportation aller bulgarischen Juden (über 40 000 Menschen, hatte.

Die neue Macht verfolgte auch die Kirche. Es sind die Namen etwa 100 hingerichteter orthodoxer Priester festgestellt worden; gegen die evangelische und katholische Kirche wurden Gerichtsverfahren inszeniert.

Die Regierung genehmigte die entsprechenden Anordnungen, um sofort mit der Zwangskollektivierung auf dem Land, mit der Nationalisierung der Industrie, des Handels und der Finanzen anfangen zu können. In Ausführung dieser Direktive der kommunistischen Partei für die Vernichtung des Privateigentums konnte man nur einige Jahre darauf verkünden, dass es in Bulgarien kein einziger Privatbetrieb in der Industrie, im Handwerk, in den Finanzen, im Handel oder den Dienstleistungen übrig geblieben wäre.

Diese Maßnahmen der Partei stoßen auf heftigen Widerstand von Seiten des bulgarischen Volkes. Sein Widerstand gegen das kommunistische Regime begann sofort, nach-

dem es klar geworden war, dass die an die Macht gekommene, von den Kommunisten dominierte Regierung der "Vaterländischen Front", das sowjetische Modell durchsetzte und eine Politik zur Isolierung des Landes von den westlichen Demokratien trieb. Mittel zu dieser Politik war der Terror, die Vernichtung von Menschen ohne Gerichtsverfahren und Urteil, Verhaftung und Aussiedlung von Bürgern, denen das Regime misstraute. Jeder Widerstand gegen die rücksichtslose Vernichtung des politischen Opponenten und des Gegners des Regimes wurde damals nach außen als einen fortdauernden Kampf gegen die hitleristische Hinterlassenschaft dargestellt. Jeder Demokrat oder jeder normale Bürger sogar, der in dieser Anfangszeit es wagte, seinen Unmut gegen den kommunistischen Terror zum Ausdruck zu bringen, wurde als "Faschist" gebrandmarkt, und sein Ausgrenzen oder die Repression gegen ihn wurde als Maßnahme zur Verteidigung der Demokratie dargestellt. Erst als es zu inneren Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und Organisationen kam, die zu der kommunistisch dominierten Koalition der "Vaterländischen Front" gehörten, wurde es auch der internationalen Öffentlichkeit klar, dass in Bulgarien ein intensiver Widerstand gegen das kommunistische Regime existierte.

In den ersten Jahren nach dem 9. September 1944 hatte der Widerstand des bulgarischen Volkes zwei Formen angenommen: 1) durch den Kampf der legalen oder parlamentarischen Opposition, die durch eigene politische Parteien im Parlament vertreten war, über eigene oppositionelle Zeitungen verfügte und aktive oppositionelle politische Tätigkeit ausübte, 2) durch illegalen und bewaffneten Untergrundkampf.

Beide Formen sind respektabel hinsichtlich ihres Ausmaßes und durch die Unterstützung für sie vonseiten der bulgarischen Gesellschaft, ganz im Unterschied zu dem, was die kommunistische Propaganda im Land und nach außen behauptete, nämlich, dass sich die Macht der Kommunisten in Bulgarien einer breiten Zustimmung des Volkes erfreuen könnte. Die Tatsachen bezeugen genau das Umgekehrte. Die politische Macht wurde durch Zwang und Terror festgehalten und mit der Protektion des geopolitischen Status quo, anders gesagt: im völligen Einvernehmen mit den genau vorgegebenen Einfluss – Grenzen der Hauptmächte, der Sieger im Zweiten Weltkrieg, auf Grund dessen Bulgarien in die sowjetische Einfluss-Zone geraten war.

Das Formieren der parlamentarischen Opposition gegen das kommunistische Regime begann schon im November 1944: mit den ersten Anzeichen von Meinungsverschiedenheiten zwischen der kommunistischen Partei und den Vertretern der anderen, zu der "Vaterländischen Front" gehörenden Parteien. Erster bedeutsamer Erfolg für die Opposition war das Aufheben mit Beschluss der Alliierten Kontrollkommission der für den 26. August 1945 ausgeschriebenen Wahlen für Volksversammlung, die sich die kommunistische Partei mit Terror zu organisieren und zu fingieren anschickte. Die einflussreichsten oppo-

sitionellen Parteien waren folgende: die Bauernpartei (BZNS) mit Vorsitzendem Nikola Petkow, Presseorgan "Narodno zemedelsko zname"; die Bulgarische Sozialdemokratische Partei mit Vorsitzendem Kosta Lultschew, Presseorgan "Swoboden narod"; die Demokratische Partei mit Vorsitzenden Nikola Muschanow und Alexander Girginow, die Radikale Partei und die oppositionelle Gruppe unabhängiger Intellektuellen mit Vorsitzendem Prof. Petko Stajnow.

Infolge der Instruktionen, die man im Sommer 1946 in Moskau bekommen hatte, begann die Bulgarische kommunistische Partei mit dem Ausschalten der oppositionellen Parteien. Am 26. Juni 1946 wurde der Anführer der Bulgarischen Sozialdemokratischen Partei Krastjü Pastuchow verhaftet, auf 5 Jahre Haft verurteilt und später im Gefängnis erwürgt. Verhaftet wurden auch weitere Anführer der Opposition. Trotz Terror und Manipulation der Wahlergebnisse der am 27. Oktober 1946 durchgeführten Wahlen für erweiterte Volksversammlung, gelang es der Opposition 101 von insgesamt 465 Plätzen im Parlament zu bekommen und zwei parlamentarische Oppositionsgruppen zu bilden: die der Bauernpartei von Nikola Petkow, und die der Bulgarischen Sozialdemokratischen Partei. Dies war eine der damals stärksten Vertretung der Opposition in der Volksversammlung im Vergleich zu den Ländern in Osteuropa, die in die sowjetische Einfluss-Sphäre geraten waren. Trotzdem gelang es der legalen Opposition in Bulgarien kaum, den Lauf der Geschichte zu beeinflussen, der vorbestimmt war durch die Vereinbarung der Sieger hinsichtlich des Wiederaufbaus nach dem Krieg.

Kurz nach dem 10. Februar 1947, als in Paris der Friedensvertrag mit Bulgarien unterschrieben wurde, begann die kommunistische Partei mit der unverhüllten und demonstrativen Abrechnung mit der Opposition. Alle ihre Anführer und aktive Mitglieder wurden verhaftet und misshandelt. Am 5. Juni 1947 wurde die parlamentarische Immunität des Vorsitzenden der Vereinten Opposition Nikola Petkow aufgehoben; er wurde zum Tod verurteilt und im Sofioter Zentralgefängnis hingerichtet. Erst jetzt begann die demokratische Welt die Demagogie des kommunistischen Regimes in Bulgarien zu begreifen, ein Regime, das Grundrechte und Freiheiten der Bürger mit Füßen trat, inklusive jene Rechte und Freiheiten, zu denen es sich durch Unterschrift internationaler Verträge und Vereinbarungen verpflichtet hatte. Im gleichen Jahr 1947 wurden 721 Personen, die zu oppositionellen Parteien gehörten, in Arbeits- Umerziehungslager (TWO) gesperrt. Bemerkenswert ist das Verfahren gegen den Schriftsteller und Journalisten Trifon Kunew, der wegen seiner satirischen Schriften in der oppositionellen Presse angeklagt wurde.

Nach dem Ausschalten der Opposition mit ihren politischen Strukturen wurde der Kampf gegen das kommunistische Regime nur illegal fortgeführt. Besondere Stellung bei diesem illegalen Ausdruck des Widerstandes nahm der bewaffnete Kampf ein, den das bul-

garische Volk "Gorjanstwo" (Freischärler - Bewegung), und die Mitglieder der bewaffneten Kommandos und Freischärler – Trupps "Gorjani" ("Waldmensen") nannte. Sie stammten aus allen Schichten der bulgarischen Gesellschaft, doch kamen die meisten unter ihnen von der Bauernschicht: mittelgroße und sogar arme Bauernwirte, die sich intensiv der Kollektivierung des Bodens widersetzen. Gegen Ende 1947 war der Anteil der am bewaffneten Widerstand beteiligten Bauern 47% , mit der Zeit stieg aber ihre Anzahl an und 1951, als die Kampagne der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in LPG nach dem Modell der sowjetischen Kolchosen immer intensiver wurde, waren es schon 70%.

Für die Bekämpfung der Illegalen und des bewaffneten Widerstandes wurden Ende 1948 die ersten Abteilungen der inneren Streitkräfte rekrutiert, deren Anzahl um 1950 auf 10 Bataillonen stieg: zwei in Sofia und jeweils eins in Plowdiw, Burgas, Warna, Stara Zagora, Jambol, Blagoewgrad und Belogradtschik. Mit einem Beschluss des Politbüros des ZK der BKP wurden die inneren Streitkräfte in Divisionen umgruppiert und ihre Stärke erhöht. Die kommunistische Partei hatte diesen inneren Streitkräften und der Staatssicherheit die Bekämpfung der Freischärler – Trupps und die endgültige Vernichtung des illegalen Widerstandes in Bulgarien auferlegt. In ihren Berichten aus dem Jahr 1951 teilte die Staatssicherheit mit, dass 176 illegale Gruppen und Organisationen im ganzen Land aufgedeckt worden waren.

Es gab kaum ein bulgarisches Gebirge, wo nicht in einer längeren Periode seit 1945 bis 1956/58 mehrere bewaffnete Freischärler – Trupps gewirkt hätten. Der größte darunter war der 1951 rekrutierte Freischärler – Trupp der Stadt Sliwen mit etwa 200 Kämpfern, unter ihnen auch einige Frauen, mit Hauptbefehlshaber Georgi Marinow. Während der 50-er Jahre bekam der bewaffnete Widerstand in Bulgarien immer mehr Unterstützung auch von der bulgarischen politischen Emigration. Aus Berichten der Staatssicherheit ist es ersichtlich, dass allein 1955 52 bewaffnete Kampfgruppen illegal über die Grenze nach Bulgarien gekommen waren; ihre Mitglieder waren bulgarische politische Emigranten, die sich an die "Gorjani" – Bewegung angeschlossen hatten.

Der bewaffnete Widerstand dauerte über 10 Jahre. Er konnte den zahlreichen Aktionen der Streitkräfte und der Miliz Stand halten, dank der breiten Unterstützung der Bevölkerung. Der bewaffnete Widerstandskampf verkörpert auch die Hoffnung des Volkes, dass die westliche demokratische Gemeinschaft die Opfer dieses ungleichen Kampfes gegen das ihm aufgezwungene kommunistische Regime einschätzen und sich für dessen Befreiung einsetzen werde. Diese Hoffnung begann zu wackeln erst nach dem durch sowjetische Panzer grausam niedergeschlagenen Aufstand in Ungarn 1956. Von da an verkümmerte allmählich die "Gorjani" – Bewegung und konnte endgültig durch die vereinten Kräfte der Staatssicherheit, der Miliz und der Inneren Streitkräfte zerschlagen werden.

Hier wäre noch der Aufstand der Arbeiter der Tabakfabrik in Plowdiw am 4. Mai 1953, d.h. einen Monat vor dem Juni – Aufstand in Berlin, zu erwähnen; neben den ökonomischen hatten die Arbeiter auch politische Forderungen. Der Streik wurde blutig durch die vor Ort zusammengezogenen Milizeinheiten beendet; es gab Tote, Verwundete und Verhaftete.

Um seine Macht zu stützen und die politischen Opponenten ausschalten zu können, hat das kommunistische Regime in Bulgarien schon Ende 1944 Straflager nach dem Muster der sowjetischen GULAGs organisieren lassen, die es "Umerziehung – Arbeitsgemeinschaften (TWO)" nannte. Nach Angaben der daran Beteiligten sollten es 44 für das ganze Land gewesen sein, doch nach Zeitzeugenberichten waren es mehr. Die grausamsten Bedingungen gab es im Straflager Lowetsch und auf der Donau – Insel Belene.

In der Zeit ab den 60-er Jahren des 20. Jhdts. waren in der bulgarischen Gesellschaft keine äußeren Anzeichen eines organisierten Widerstandes zu beobachten. Der Grund dafür machten drei Faktoren aus. Bei der 100% Liquidation der privaten Wirtschaftstätigkeit in Bulgarien wurden die Bürger vollkommen anhängig vom totalitären Staat und von ihm kontrolliert. Die Nachkommen der Regime – Gegner waren in die Peripherie des sozialen Lebens gestoßen, hatten keine Möglichkeit zur beruflichen Entwicklung, da sie durch unterschiedliche Verordnungen aus der Ausbildung, der Qualifizierung und der geistigen Entwicklung ausgegrenzt wurden und somit auch keine führende Posten einnehmen durften. In den neu entstandenen Eliten dominierten die Nachkommen (Kinder und Kindeskind) der alten Parteifunktionäre und der Beamten des repressiven Apparats. Indem sie sozial garantierte Privilegien genossen und erzogen wurden, die Politik des Regimes zu bedienen, bekamen sie auch Zutritt zu manchen Vorteilen und Werten der westlichen Zivilisation, zum Unterschied zu dem Rest der Bürger mit beschnittenen Rechten, die in Isolation und mit Mangel an Information leben mussten.

Die Staatssicherheit besaß schon eigene volle Kontrolle in allen Gebieten des öffentlichen Lebens, inklusive in der Kirche. Als nach der Wende, wenn auch mit großer Verzögerung, die Akten der Staatssicherheit geöffnet werden konnten, stellte man mit Staunen fest, dass sogar ein großer Teil der hohen Geistlichkeit ehemalige Agenten der politischen Polizei waren, was eigentlich die Eliten in allen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens betraf, inklusive der Kultur und der Wissenschaft. Und trotzdem musste die Staatssicherheit 1968 Sympathien und Unterstützung für den Prager Frühling in der Tschechoslowakei in Kreisen der bulgarischen Intelligenz, der Studenten und Schüler feststellen und Sanktionen verhängen.

Die Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa im Jahr 1975 in Helsinki weckte erneut die Hoffnung des bulgarischen

Volkes, sich mittelfristig vom totalitären Regime befreien zu können. Es bekam ein neues Mittel im Kampf um Demokratie: die Menschenrechte, die in diesem historischen Dokument als legitime Berufungsinstanz verankert waren. Die Aktionen der polnischen unabhängigen Gewerkschaft "Solidarnosc" fanden wiederum eine Unterstützung in Bulgarien. Die Staatssicherheit registrierte eine vermehrte Verbreitung anonymer Flugblätter und berichtete über Versammlungen und andere Aktivitäten junger Leute. Im Jahr 1982 hatte die Staatssicherheit 312 Autoren und Verteiler von Flugblättern aufgedeckt. Sie bekam weiter 141 Meldungen für antisowjetische Tätigkeit bestätigt. Die Zahl der nicht formellen Gruppen der Jugendlichen hatte sich verdoppelt im Vergleich zu vorigem Jahr. Eine Gruppe Jugendlicher hatte die Idee, eine "Deklaration 80" vorzubereiten und sie außerhalb des Landes veröffentlichen zu lassen.

In dieser Situation der sich vertiefenden Aktivitäten der bürgerlichen Gesellschaft in Bulgarien war die Öffentlichkeit schockiert durch die, Anfang 1985, völlig unerwartete Aktion von größtem Ausmaß, nach einem Beschluss des ZK der BKP, für die Zwangsänderung der Eigen- und Familiennamen der ethnischen Türken und anderer Moslem-Gruppen mit bulgarischen. An diesem Unterfangen beteiligten sich führende Parteifunktionäre, die Staatssicherheit, die Miliz und an manchen Orten die Armee sogar. Auf die gleiche brutale Art und Weise, mit Gewalt und Repressionen, hatte die Bulgarische kommunistische Partei, 4 Jahrzehnte zuvor, die Bulgaren aus dem Gebiet des sogenannten Pirin – Mazedonien verpflichtet, auf ihre bulgarische Nationalität zu verzichten und sich als Mazedonier in die Register eintragen zu lassen. In beiden Fällen hatte die kommunistische Partei, indem sie die Grundrechte der Menschen mit Füßen trat, die stalinistische Theorie über die Nation angewandt, deren Endziel es war, "eine einheitliche sozialistische Nation" zu schaffen.

Im Herbst 1986 verfassten einige ehemalige politische Gefangenen einen "Offenen Brief – Appell" für die Einhaltung der Menschenrechte und schickten ihn an die zu der damaligen Zeit in Wien tagende Helsinki – Nachfolgekonferenz. Die Autoren dieses und anderer Dokumente für die Menschenrechte waren Ilia Minew, Eduard Genow, Grigor Simow u. a., die später, am 16. Januar 1988 "Die unabhängige Gesellschaft zur Verteidigung der Menschenrechte in Bulgarien" gründeten. Die Organisation stellte sich das Ziel, für den Schutz der Rechte und Freiheiten der Menschen in Bulgarien zu kämpfen, die den Bürgern seit mehr als 40 Jahren entzogen worden waren. "Die unabhängige Gesellschaft zur Verteidigung der Menschenrechte in Bulgarien" setzte sich sofort für die verletzten Rechte und Freiheiten der Muslime und der ethnischen Türken im Land ein und verlangte gerichtliche Strafe für die Verantwortlichen.

Das kommunistische Regime in Bulgarien hat noch ein Verbrechen dem bulgarischen Volk gegenüber begangen, indem es die Transformation der Parteimacht in ökonomische relativ bestens im Vergleich zu allen anderen Staaten aus Osteuropa zustande brachte, womit es sich den eigenen Einfluss in der Gesellschaft garantierte. Der Hauptgrund für diesen "Erfolg", der die demokratische Entwicklung des Landes um fast einen Jahrzehnt zurückschlug, war die Tatsache, dass sich das Öffnen des Archivs der Staatssicherheit verspätete, wodurch ein großer Teil dessen vernichtet oder versteckt werden konnte, und dass die Bestrafung der Verantwortlichen für die Verbrechen des kommunistischen Regimes nicht zustande kam und seine Vertreter ihre Posten in der Administration behalten hatten. Eine negative Rolle spielte die Anerkennung der gefälschten ersten demokratischen Wahlen und das Lenken der gesellschaftlichen Energie für eineinhalb Jahre auf die Vorbereitung einer neuen Verfassung von einem Parlament, in dem die Demokraten eine Minderheit waren, anstatt dass man umgehend mit den radikalen Änderungen und schnellen Schritten zum Übergang vom Totalitarismus zur freien bürgerlichen Gesellschaft und Marktwirtschaft angefangen hätte. Infolge dessen und auf Grund mancher von der Nomenklatur durchgesetzte Texte in der Verfassung, konnte sie sich im System der Justiz verschanzen; dadurch wurden die Reformen für längere Zeit blockiert, als auch die Versuche, die Vertreter des alten Systems zur Verantwortung zu ziehen. Die Nomenklatur schaffte es, die Wirtschaft zu beherrschen, wodurch sie sich das Monopol in den Medien garantierte und die Dominanz ihrer Eliten auch in der Kultur, Wissenschaft und Bildung sicherte.

Deswegen beobachten wir heute, 23 Jahre nach dem Sturz des kommunistischen Regimes, eine Wiederbelebung der Mythen und Leitbilder der kommunistischen Vergangenheit. Es geht hier nicht um Amnesie, sondern um eine bewusste Kampagne für die Rehabilitation dieser Vergangenheit. Sie wird geleitet und künstlich entfacht von den Vertretern und Nachkommen der ehemaligen Nomenklatur als Mittel, um die Bürger und vor allem die Jugend irre zu führen hinsichtlich derer richtigen politischen Einstellung. Das Ziel ist es, je länger wie möglich, das Rezidiv des Übergangs am Leben zu halten und damit auch – das von den Ehemaligen ausgeübte Monopol auf allen Gebieten des Lebens. Die Parteifunktionäre und die Mitarbeiter der Staatssicherheit, die sich nach dem Sturz des Kommunismus die Hebel für die wirtschaftliche Entwicklung aneigneten, können diese vorteilhafte Position nur durch Manipulieren der öffentlichen Meinung behalten, indem sie die Wahrheit vom kommunistischen Regime, von seinen Schäden für die ganze Bulgarische Gesellschaft verheimlichen.

Das Verschweigen und Verdrehen der Tatsachen über Despotismus und Verbrechen des ehemaligen Regimes ist nicht nur eine rückschrittliche Nostalgie vonseiten ihrer Vollstre-

cker, sondern wiederum eine Verhöhnung mit dem Gedenken an die Opfer und ein neues Verbrechen gegenüber Generationen, denen auf diese Weise auch das Recht auf Gedenken, auf Wahrheit entzogen wird.

Jetzt werden auch in Bulgarien Denkmäler und Mahnmäler errichtet, aber bis heute wissen nur die Henker, wo die Gräber der Opfer des kommunistischen Regimes sind.
